

Auswertung des 14. Professoren-Panels zur „Finanzmarktkrise“

Stand: 01.12.2008

Im November 2008 hat die *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)* Ökonomen zur Finanzkrise und ihren ordnungspolitischen Folgen befragt. An der Befragung nahmen 43 die Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftswissenschaften sowie Ökonomen aus öffentlichen und privaten Forschungseinrichtungen mittels eines per E-Mail versendeten Fragebogens teil. Die Beantwortung der Fragen erfolgte entweder über eine skalierte Bewertung bestimmter Vorschläge (-5 = sehr negative Bewertung, +5= sehr positive Bewertung), über die Angabe von Schätzwerten, die Auswahl einer von mehreren Optionen oder freie Angaben.

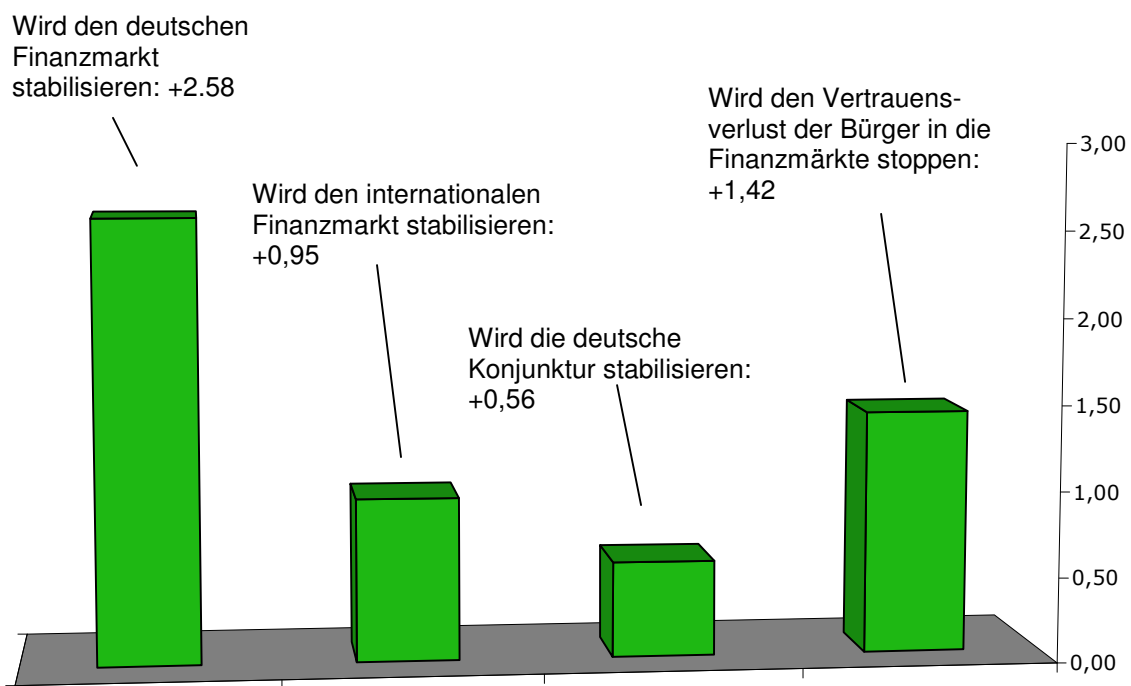
Die Umfrage hat zu folgenden Ergebnissen geführt:

- Nach Ansicht der führenden deutschen Wirtschaftswissenschaftler können Finanzmarktkrisen durch eine effiziente Regulierung der Finanzmärkte in Zukunft vermieden werden.
- Die von der Bundesregierung durchgeführten Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzkrise (Bereitstellung von Eigenkapital und staatliche Garantie der Spareinlagen) werden als sinnvoll eingeschätzt. Staatliche Einflussnahme im Bankensektor wurde von der Mehrzahl der Ökonomen abgelehnt.
- Die potentielle Wirkungsmacht konjunkturpolitischer Maßnahmen wird unterschiedlich beurteilt.
- Die Mehrzahl der Ökonomen erwartet für die Zukunft eine stärkere Regulierung der Realwirtschaft. Knapp 70 Prozent erwarten eine sehr starke oder eine stärkere Regulierung der Realwirtschaft.
- Die Mehrzahl der Ökonomen geht von einer deutlich schlechteren wirtschaftlichen Lage aus, sollte es zu einer stärkeren Regulierung kommen.
- Für das kommende Jahr erwartet ein Grossteil der Ökonomen eine Rezession. Im Durchschnitt liegt die Wachstumserwartung bei -0,18 Prozent.

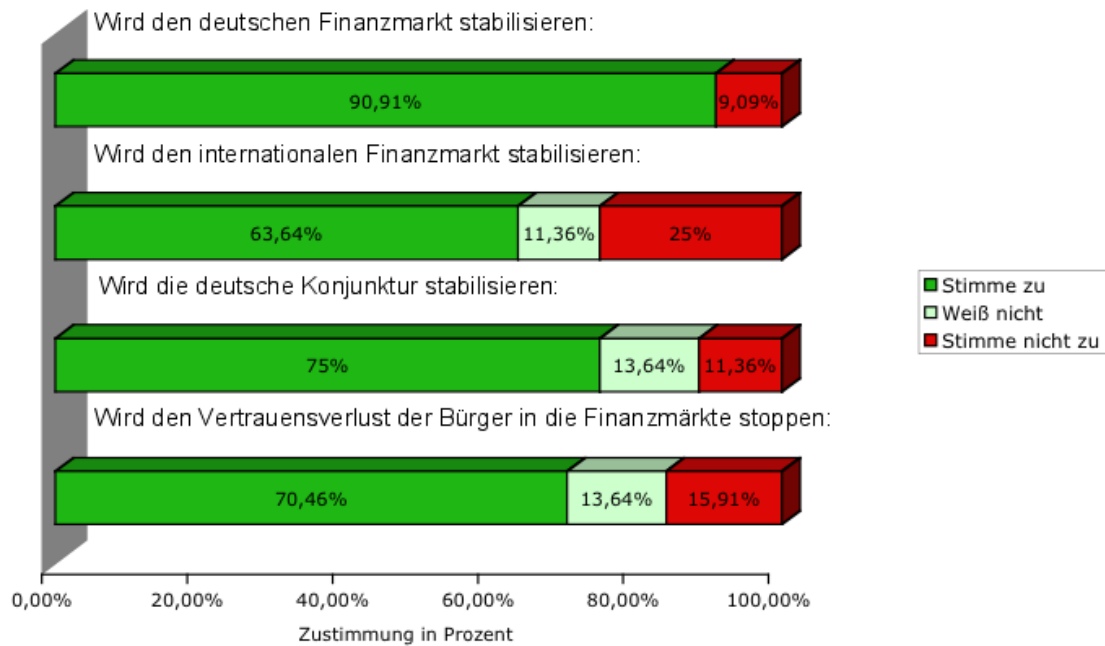
Frage 1.) Wie wirkt sich das Finanzmarktstabilisierungsgesetz auf die deutsche Wirtschaft aus?

Einig sind sich die Wirtschaftswissenschaftler darin, dass vom Finanzmarktstabilisierungsgesetz der Bundesregierung eine stabilisierende Wirkung auf den deutschen Finanzmarkt ausgeht (Durchschnittswert +2,58). Auch das Vertrauen der Bürger in den Finanzmarkt wird nach Ansicht der Wissenschaftler durch das Gesetz gestärkt (Durchschnitt +1,42). Die Wirkung auf die internationalen Finanzmärkte wird ebenfalls positiv bewertet (Durchschnitt +0,95). Auswirkungen auf die Konjunktur seien durch das jedoch kaum zu erkennen (Durchschnitt +0,56).

Alles in allem wird dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz eine positive Wirkung zugeschrieben.



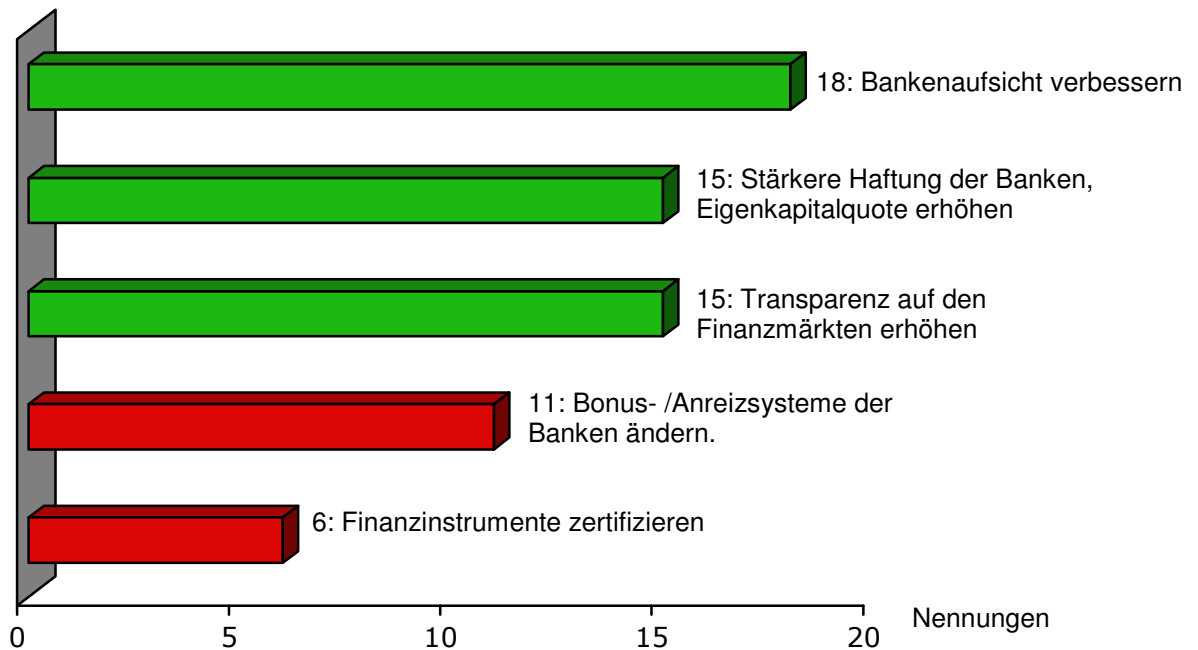
Gruppiert man die Antworten nach Zustimmung und Ablehnung ergibt sich ein ähnliches Bild. Als „Zustimmung“ wurden Antworten gewertet, in der eine Maßnahme mit $X \geq 1$ bewertet wurde. Als „Ablehnung“ wurden Antworten gewertet, in der eine Maßnahme mit $X \leq -1$ bewertet wurde. Mit „weiß nicht“ wurden Antworten $X = 0$ gewertet.



Frage 2.) Welche Maßnahmen zur Vermeidung solcher und ähnlicher Krisen wie der Finanzmarktkrise würden Sie vorschlagen? (Bitte maximal drei Nennungen)

Als notwendige Maßnahmen zur Vermeidung von Krisen wie der Finanzmarktkrise sehen die Ökonomen eine Verbesserung der Bankenaufsicht (18 Nennungen), die stärkere Haftungsmöglichkeit der Banken und eine damit verbundene höhere Eigenkapitalquote (15 Nennungen) an. Eine weitere Forderung ist die Verbesserung der Transparenz auf den Finanzmärkten, beispielsweise durch verständlichere Ratings (15 Nennungen). Ebenfalls als wichtig erachten die befragten Ökonomen die Änderung der Anreiz- und Bonussysteme oder die Zertifizierung verschiedener Finanzinstrumente.

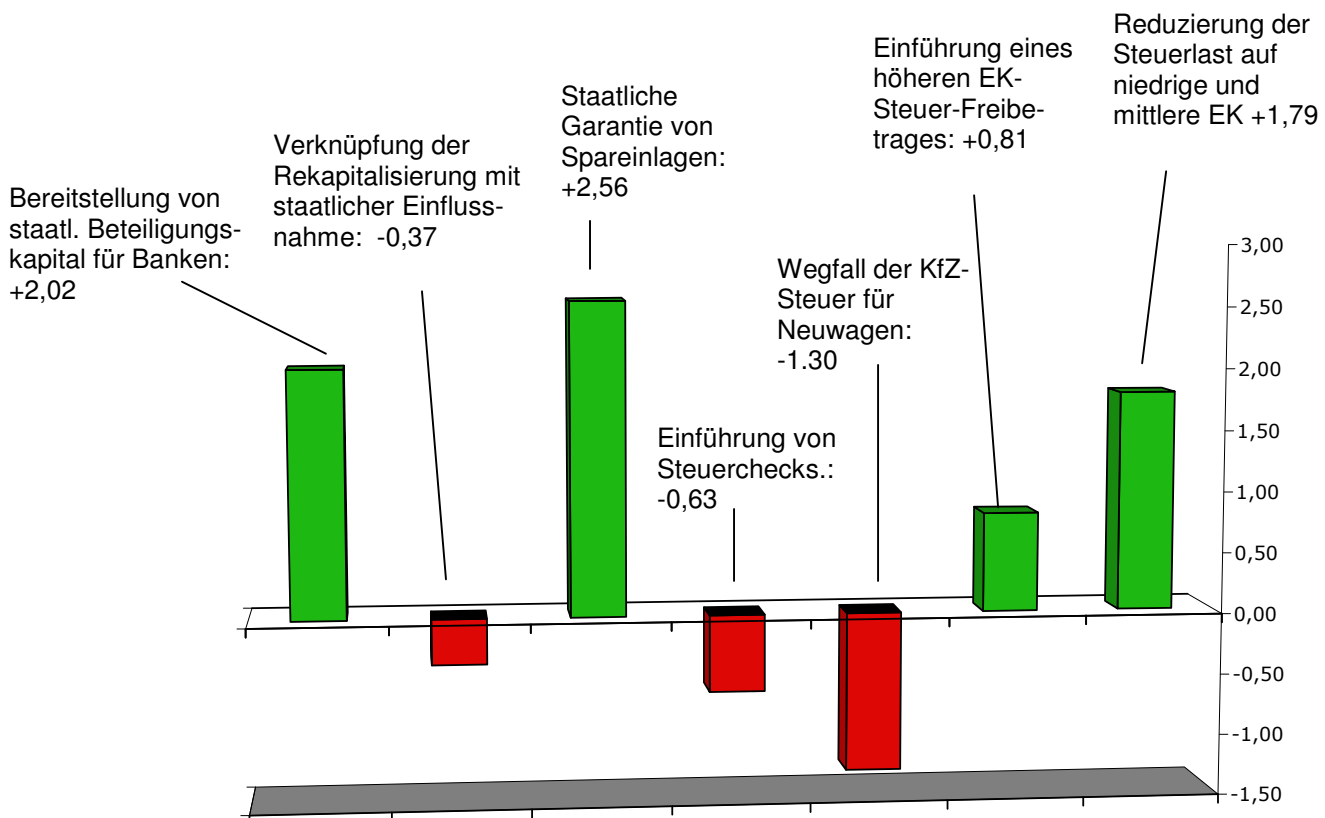
Die befragten Ökonomen sehen die Schaffung effizienter Finanzmarktinstitutionen als notwendige Bedingung für funktionierende Märkte.



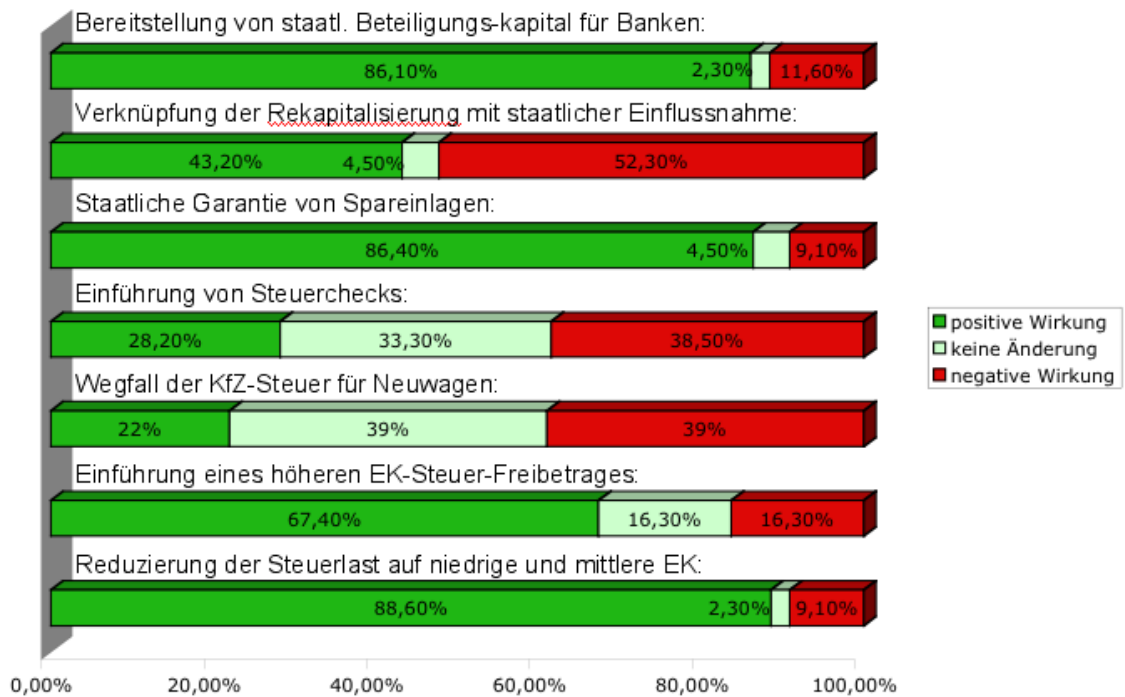
Frage 3.) Wie würden sich die folgenden Maßnahmen in der jetzigen Situation auf die deutsche Wirtschaft auswirken? (-5 = sehr negative Wirkung , +5 = sehr positive Wirkung)

Die von der Bundesregierung durchgeführten Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzkrise (Bereitstellung von Eigenkapital und staatliche Garantie der Spareinlagen) wurden als sinnvoll eingeschätzt. Staatliche Einflussnahme im Bankensektor wurde von der Mehrzahl der Ökonomen abgelehnt.

Die potentielle Wirkungsmacht konjunkturpolitischer Maßnahmen wird unterschiedlich beurteilt. Hier sind sich die Ökonomen einig, dass zur Belebung der Nachfrage staatliche Maßnahmen, wie der Wegfall der Kfz-Steuer für Neuwagen (Durchschnitt $-1,3$) ebenso wie Einmalzahlungen an Bürger nach Vorbild der amerikanischen Steuerchecks (Durchschnitt $-0,63$) wirken eher kontraproduktiv. Effektive Maßnahmen sind nach Meinung der Befragten eine Reduzierung der Steuerlast auf mittlere und niedrige Einkommen (Durchschnitt $+1,79$) und die Einführung eines höheren Einkommensteuerfreibetrags (Durchschnitt $+0,81$).

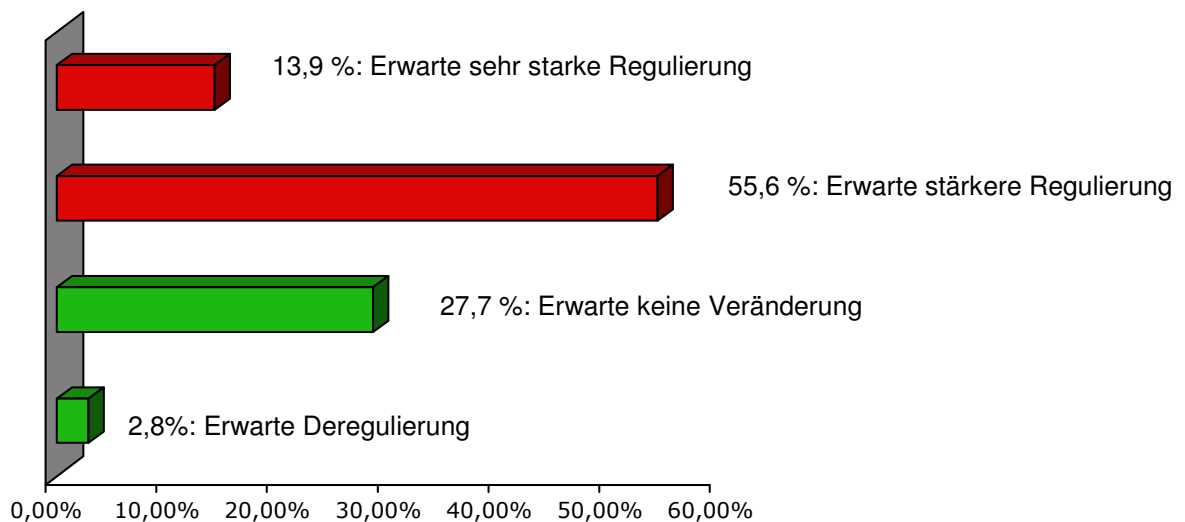


Gruppiert man die Antworten nach der Wirkungsrichtung ergibt sich folgendes Bild. Als „positive Wirkung“ wurden Antworten gewertet, in der eine Maßnahme mit $X \geq 1$ bewertet wurde. Als „negative Wirkung“ wurden Antworten gewertet, in der eine Maßnahme mit $X \leq -1$ bewertet wurde. Mit „keine Änderung“ wurden Antworten $X = 0$ gewertet.



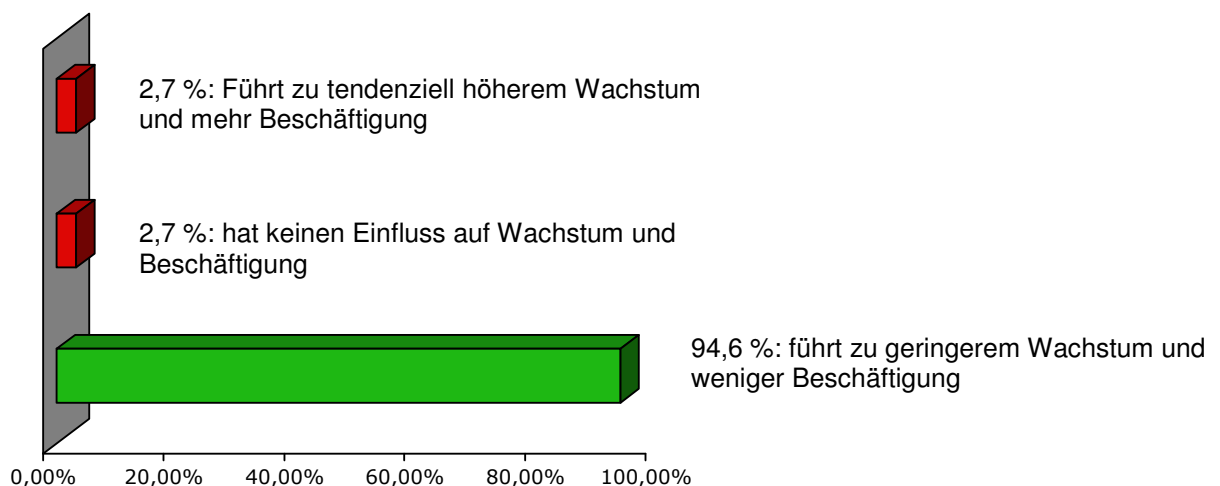
Frage 4.) *Erwarten Sie, dass der Staat in Zukunft auch die Realwirtschaft deutlich stärker reguliert?*

Angesichts der aktuellen Situation sind Forderungen laut geworden auch Unternehmen der Realwirtschaft stärker zu regulieren oder gar zu verstaatlichen. Die Mehrzahl der Ökonomen erwartet für die Zukunft eine stärkere Regulierung der Realwirtschaft. Knapp 70 Prozent erwarten eine sehr starke oder eine stärkere Regulierung der Realwirtschaft.



Frage 5.) *Welchen Einfluss hätte Ihrer Ansicht nach eine stärkere Regulierung der Realwirtschaft auf Wachstum und Beschäftigung in Deutschland?*

Stärkere Eingriffe des Staates in die Realwirtschaft sind für die Mehrzahl der befragten Ökonomen jedoch die falsche Wahl. Die Mehrzahl der Ökonomen geht von einer deutlich schlechteren wirtschaftlichen Lage aus, sollte es – wie erwartet - zu einer stärkeren Regulierung kommen. 94,6 Prozent der befragten Ökonomen erwarten für den Fall, das der Staat die Realwirtschaft stärker reguliert, negative Entwicklungen bei Wachstum und Beschäftigung.



Frage 6.) Welches Wirtschaftswachstum halten sie angesichts der Finanzkrise für das kommende Jahr für realistisch?

Für das nächste Jahr erwarten die Ökonomen trübe Wolken am deutschen Konjunkturhimmel. Fast 80 Prozent aller Wirtschaftswissenschaftler erwarten ein Wachstum des BIP gleich oder unter 0 Prozent für das Jahr 2009. Im Durchschnitt liegt die Wachstumserwartung bei -0.18 Prozent.